

Kurzanalyse 08 SEP 2024

## Dialog mit Dschihadisten in Niger: Potentiale und Grenzen eines gescheiterten Versuchs

*Lisa Tschörner*

**Dschihadistische Gewalt hat in der Sahelregion im letzten Jahrzehnt stark zugenommen. Neben militärischen Antiterroroperationen suchte Nigers zivile Regierung unter Präsident Mohamed Bazoum (2021–2023) auch den Dialog mit Dschihadisten. Ein deutlicher Rückgang von tödlichen Anschlägen seit Anfang des Jahres 2022 gab Hoffnung auf erste Erfolge der dualen Strategie. Doch der Putsch vom Juli 2023 und die erhebliche Verschlechterung der Sicherheitslage seither verdeutlichen die Fragilität der ausgehandelten Arrangements. Anstatt strukturelle Konfliktursachen zu beheben, zielte der Ansatz primär auf Reue und individuelle Bekehrung. Die Fragmentierung und Kommerzialisierung von Initiativen sowie eine fehlende Abstimmung ziviler und militärischer Maßnahmen wirkte zudem einer nachhaltigen Friedensförderung entgegen. Damit durch Dialog langfristige Erfolge erzielt werden können, müssen dschihadistische Gruppen als politische Akteure anerkannt und konsensfähige Kompromisse ausgehandelt werden.**

Drei Tage nach der Machtübernahme des Militärs in Niger am 26. Juli 2023 benannte Putschistenführer Abdourahamane Tiani in seiner ersten öffentlichen Rede einen inkohärenten und ineffizienten Umgang der Zivilregierung mit der Sicherheitskrise des Landes als Hauptgrund für den Militärputsch. Er beschuldigte den abgesetzten Präsidenten Mohamed Bazoum, terroristische Anführer und Banditen ohne Gerichtsbeschluss freigelassen zu haben. Damit bediente sich Tiani einer Argumentation, die von Regierungskritiker\*innen häufig vorgebracht wurde, seit Bazoum im Februar 2022 verkündet hatte, in den Dialog mit dschihadistischen Gruppen getreten zu sein. Auf einer Führungskräftekonferenz in Niamey am 25. Februar 2022 hatte Bazoum bekanntgegeben, Emissäre zu „terroristischen“ Anführern entsandt, Gefangene entlassen und sie zu Gesprächen im Präsidentenpalast empfangen zu haben.<sup>1</sup> In der nigrischen Öffentlichkeit stießen die Äußerungen Bazoums auf Empörung. Ihm wurde vorgeworfen, damit nicht nur die Moral der im Antiterrorkampf engagierten Armee geschwächt, sondern auch rechtsstaatliche Prinzipien untergraben zu haben. Teile der Opposition kritisierten die Dialoginitiativen sogar als Bekenntnis der Niederlage der Regierung im Kampf gegen dschihadistische Gruppen.

Dabei war der als „Politik der ausgestreckten Hand“ bekannt gewordene Dialogansatz Bazoums nicht als Alternative, sondern komplementär zu militärischen Interventionen

<sup>1</sup> „Conférence des cadres 2022 de M Bazoum Président du Niger“, 25. Februar 2022, letzter Zugriff 7. August 2024.

gedacht. Er umfasste offiziell drei Komponenten: (1) Die Aufnahme von Gesprächen mit nigrischen Unterführern und Mitgliedern dschihadistischer Gruppen, mit dem Ziel, sie zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes zu bewegen; (2) die Implementierung eines Ausstiegsprogramms zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von ehemaligen Kämpfer\*innen; (3) lokale Mediations- und Versöhnungsinitiativen zur Beilegung lokaler Konflikte, die von dschihadistischen Gruppen zur Mobilisierung von Gefolgschaft ausgenutzt werden.

Als Referenzrahmen für die „Politik der ausgestreckten Hand“ galt laut Vertreter\*innen der Bazoum-Regierung der erfolgreiche Umgang Nigers mit den Tuareg-Rebellionen. Eine Kombination aus militärischem Druck, international unterstützten Mediationsinitiativen von der Führungs- bis zur Community-Ebene und Zusagen der Regierung, die Aufständischen politisch, militärisch und ökonomisch zu integrieren, hatten in den 1990er Jahren den Weg für Friedensverhandlungen geebnet.<sup>2</sup>

Inwiefern die politischen Arrangements mit den Tuareg-Rebellen ein Paradebeispiel für eine gelungene Befriedung und Einbindung aufrührerischer Kräfte darstellen, ist jedoch umstritten. Zwar verschaffte die strategische Platzierung von einstigen Rebellenführern in politisch bedeutsame Positionen, gepaart mit entwicklungspolitischen Programmen, der Regierung in Niamey eine gewisse Kontrolle über mögliche Aufstandsbestrebungen. Elemente der Friedenskonsolidierung, wie die Entwaffnung ehemaliger Tuareg-Kämpfer oder deren Eingliederung in Sektoren der formellen Wirtschaft, wurden hingegen nur teilweise umgesetzt. Abgesehen davon zielte die „Politik der ausgestreckten Hand“, anders als die Strategie im Umgang mit den Tuareg-Rebellionen, nicht auf die politische Einbindung von Dschihadisten ab.

Die Entwicklung der Zahlen dschihadistisch motivierter Gewalttaten in Niger gab trotzdem Grund zur Hoffnung, dass eine Kombination aus militärischen und zivilen Maßnahmen auch im Umgang mit lokalen Ablegern des Islamischen Staates und al-Qaida zu einer Überwindung der Sicherheitskrise führen könnte. Während sich die Sicherheitslage insbesondere in der an Mali und Burkina Faso grenzenden Region Tillabéri im Zeitraum zwischen 2018 und 2021 rapide verschlechterte, zeichnete sich dort seit 2022 bis zur Machtübernahme des Militärs im Juli 2023 eine rückläufige Tendenz ab.<sup>3</sup> So nahm die Zahl der durch dschihadistische Gewalt getöteten Zivilist\*innen in Nord-Tillabéri von 2021 auf 2022 um fast 80 Prozent ab.<sup>4</sup> Auch die Zahl der im Kampf gefallenen Sicherheitskräfte sank in der Region von einem durchschnittlichen Wert von 100 in den Jahren 2019, 2020 und 2021 auf nur 8 im Jahr 2022.<sup>5</sup>

Dennoch blieb die „Politik der ausgestreckten Hand“ eine Gratwanderung: Sie war nicht nur innenpolitisch zunehmend umstritten und konnte daher von den Putschisten erfolgreich genutzt werden, um ihre Machtübernahme zu legitimieren. Wie die folgende Analyse darlegt, verfehlte sie letztlich auch das selbstgesteckte Ziel einer nachhaltigen Friedensförderung. Anstatt dschihadistische Gruppen als politische Akteure anzuerkennen und konsensfähige Kompromisse auszuhandeln, standen Reue und individuelle Bekehrung im Zentrum des Ansatzes. Die verschiedenen Dialog-, Mediations- und Versöhnungsinitiativen blieben zudem nicht nur unkoordiniert, geographisch beschränkt und zeitlich begrenzt – sie

<sup>2</sup> Yvan Guichaoua und Mathieu Pellerin, „Making Peace, Building the State. Relations between Central Government and the Sahelian Peripheries in Niger and Mali“, *Étude de l'Institut de recherche stratégique de l'École militaire*, issue 51, März 2018, letzter Zugriff 7. August 2024.

<sup>3</sup> ACLED, „Fact Sheet: Military Coup in Niger“, 3. August 2023, letzter Zugriff 12. August 2024.

<sup>4</sup> Hannah Rae Armstrong, *Comprendre l'accalmie: une reprise en main du Nord-Tillabéri au Niger* (Bamako: Konrad Adenauer Stiftung (KAS), 2023).

<sup>5</sup> Ibid.

sollen es dschihadistischen Gruppen sogar teilweise ermöglicht haben, ihre Macht im regionalen Kontext weiter zu konsolidieren.

Das Fallbeispiel von Nigers „Politik der ausgestreckten Hand“ verdeutlicht ein Dilemma, mit dem sich nationale und internationale Entscheidungsträger\*innen im Umgang mit dschihadistischer Gewalt konfrontiert sehen. Einerseits werden unter Analyst\*innen die Stimmen lauter, die zu Dialog und Verhandlungen mit dschihadistischen Gruppen aufrufen,<sup>6</sup> und das nicht zu Unrecht: Schließlich haben über ein Jahrzehnt international gestützte Militärinterventionen und Stabilisierungsbemühungen nicht dazu beigetragen, dschihadistische Gewalt im Sahel nachhaltig einzudämmen. Zudem bestätigen auch wissenschaftliche Langzeitstudien, dass global weitaus mehr Organisationen, die als „terroristisch“ klassifiziert werden, ihren bewaffneten Kampf durch formelle politische Inklusion als durch militärische Niederlagen beenden.<sup>7</sup>

Andererseits sind die im Sahel aktiven dschihadistischen Kräfte Akteure mit Macht- und Herrschaftsansprüchen. Mit ihrem Anschluss an die Terrornetzwerke al-Qaida und Islamischer Staat haben sie sich einer salafistisch-dschihadistischen Ideologie verschrieben, in deren Zentrum theologische Exklusivität und eine Ablehnung des internationalen Staatensystems steht. Eine verhandelte Konfliktlösung, so die berechtigte Sorge, käme vermutlich zu einem politischen Preis, der Abstriche hinsichtlich liberaler Friedensvorstellungen wie dem Säkularitätsprinzip oder der Achtung von Demokratie und Menschenrechten beinhaltet.<sup>8</sup>

Dabei bleibt jedoch zu bedenken, dass die im Sahel aktiven dschihadistischen Gruppen keine statischen Einheiten sind, sondern vielmehr als sich stetig wandelnde soziale Formationen betrachtet werden müssen. Sie sind nicht nur historisch in lokale Konfliktkontexte eingebettet, sondern verhandeln auch gegenwärtig kontinuierlich intern und extern ihre Beziehungen zu staatlichen Autoritäten, anderen Gewaltakteuren und der Bevölkerung.<sup>9</sup> Gewalt und Religion spielen dabei zwar eine zentrale Rolle, aber nicht die einzige. Auf der Suche nach Legitimität ist ihr alltägliches Handeln von Konkurrenz, aber auch der Bildung von Allianzen bestimmt. Diese Dynamiken zu verstehen ist eine wichtige Grundvoraussetzung für erfolgreiche Dialogbemühungen mit den Anführern, aber auch gegebenenfalls mit unterschiedlichen Fraktionen der Organisationen. Gezielt eingesetzter militärischer Druck kann unter Umständen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Gewaltakteure auf Gespräche einlassen. Viel wichtiger ist jedoch die Anerkennung und Bearbeitung von Konfliktursachen. Nur wenn politische Eliten und die Bevölkerung in den von Gewalt betroffenen Gebieten dazu bereit sind, dschihadistische Gruppen als politische Akteure anzuerkennen und Problemlagen zu beheben, können auf der Grundlage eines Dialogs Kompromisse gefunden werden, die nicht nur unter den Verhandelnden, sondern auch in der Bevölkerung konsensfähig sind.

In Niger, so zeigt die folgende Analyse, waren diese Bedingungen nicht gegeben. Stattdessen blieb die „Politik der ausgestreckten Hand“ umstritten und trug zu einer Delegitimierung und Destabilisierung der zivilen Regierung bei, die den Erfolg des Militärputsches

<sup>6</sup> Alex Thurston, „Peace talks with Sahelian jihadists? It's worth a shot,“ *The New Humanitarian*, 3. August 2022, letzter Zugriff 7. August 2024; Luis Martinez, *L'Afrique, le prochain califat? La spectaculaire expansion du djihadisme* (Tallandier, 2023), 200.

<sup>7</sup> Audrey Kurth Cronin, *How Terrorism Ends: Understanding the Decline and Demise of Terrorist Campaigns* (Princeton University Press, 2009); Seth G. Jones und Martin C. Libicki, *How Terrorist Groups End. Lessons for Countering al Qa'ida* (Rand Corporation, 2008).

<sup>8</sup> Alexander Thurston, „Illiberalism and post-conflict settlements with jihadists: a Malian case study“, *Third World Quarterly*, vol. 43, no.10 (2022), 2396–2412.

<sup>9</sup> Lisa Tschörner, „Jihadismus als Motor lokaler Konflikte Entstehung und Legitimität nichtstaatlicher Gewaltordnungen in Tillabéri (Niger)“, Arbeitspapier 01, *Megatrends Afrika* (Berlin: März 2023), letzter Zugriff 7. August 2024; Alexander Thurston, *Jihadists of North Africa and the Sahel. Local Politics and Rebel Groups* (Cambridge University Press, 2020), 2.

begünstigte. Die wiederaufflammende Gewalt in den Monaten nach dem verfassungswidrigen Machtwechsel verdeutlicht zudem, dass die in Niger aktiven dschihadistischen Gruppen infolge der „Politik der ausgestreckten Hand“ weder an Einfluss eingebüßt, noch ihren bewaffneten Kampf aufgegeben haben.

## Fokus auf Reue und individuelle Bekehrung statt Bekämpfung von Konfliktursachen

Sowohl der politische Diskurs als auch die Praxis der „Politik der ausgestreckten Hand“ setzten primär auf Reue und individuelle Bekehrung, anstatt dschihadistische Gruppen als politische Akteure anzuerkennen und strukturelle Konfliktursachen zu benennen und anzugehen.

Seit Beginn des Jahres 2022 hat sich Präsident Bazoum immer wieder medienwirksam in jene Teile des Landes begeben, die von dschihadistischer Gewalt betroffen sind, um staatliche Präsenz zu signalisieren und Gewaltakteure zur Demobilisierung aufzurufen.

In öffentlichen Reden und Interviews erläuterten Bazoum und andere Regierungsvertreter\*innen ihre Absicht, durch Dialog Nigers „Kinder“ oder „Jugend“ aus den Fängen der „Terroristen“ zurückholen und ihnen eine zweite Chance geben zu wollen. Interviewpartner\*innen sprachen in diesem Zusammenhang von „Resozialisation“, „Rekonditionierung“ oder sogar von der „Heilung“ der „Reuigen“.

Das paternalistisch anmutende Framing signalisierte zum einen Stärke: Es unterstrich die offizielle Haltung der Regierung, nach der es bei der „Politik der ausgestreckten Hand“ lediglich um Gespräche und eine freiwillige, individuelle Kapitulation von nigrischen Mitgliedern dschihadistischer Gruppen und nicht um Verhandlungen mit ausländischen Anführern – und damit um mögliche politische Konzessionen ging. Auch wenn es hinter den Kulissen durchaus Ansätze zu solchen Verhandlungen gab, spielte die Unterscheidung in „unsere Kinder“ (keine echten Dschihadisten) und wahre, ausländische Terroristen die politischen Motivationen und den Einfluss nigrischer Mitglieder unter den Gewaltakteuren herunter. Endogene, strukturelle Gründe für die Mobilisationserfolge dschihadistischer Organisationen in Niger wie jahrzehntealte, ungelöste lokale Konflikte, Diskriminierungserfahrungen und fehlende staatliche Sicherheitsgarantien blieben dabei ebenso unerwähnt wie die politische Verantwortung Niameys.

Um Reue und individuelle Bekehrung nigrischer Mitglieder dschihadistischer Gruppen zu ermöglichen, setzte die Regierung zum einen auf Amnestien. Bereits während der Präsidentschaft von Mahamadou Issoufou (2011 bis 2021) wurden hierfür die juristischen und institutionellen Rahmenbedingungen geschaffen. Im Einklang mit der von der Tschadseebecken-Kommission erarbeiteten und von der Afrikanischen Union unterstützten regionalen Stabilisierungsstrategie beschloss die Regierung am 2. November 2018 Änderungen im Strafgesetzbuch. Sie sahen vor, dass Aussteiger\*innen der Terrororganisation Boko Haram von der Strafverfolgung ausgeschlossen werden sollten – vorausgesetzt, dass sie sich nicht direkt an der Planung und Organisation von Anschlägen beteiligt hatten.<sup>10</sup> Eine Prämisse, die in der Praxis nur schwer nachzuweisen war, insbesondere bei Kombattant\*innen, die im Zuge von Antiterroroperationen der Armee aufgegriffen wurden. Seit 2016 betrieb die Regierung mit internationaler Unterstützung in Goudoumaria, in der östlich gelegenen

<sup>10</sup> Commission du Bassin du Lac Tchad, Commission de l'Union Africaine, *Stratégie Régionale de stabilisation, de redressement et de résilience des zones du bassin du lac Tchad affectées par la crise Boko Haram*, August 2018, letzter Zugriff 7. August 2024; „Niger: un projet de loi pour réinsérer les repentis de Boko Haram“, *rfi*, 6. November 2018, letzter Zugriff 7. August 2024.

Diffa-Region, ein Aufnahmezentrum für ehemalige Boko-Haram-Anhänger\*innen. Eine erste Kohorte von 243 Ausstiegswilligen, darunter 30 Frauen, verbrachte dort, unter anderem auf Grund der unklaren Rechtslage, über zwei Jahre. Die Sorge, in der Einrichtung ohne Perspektive auf ein besseres Leben festgehalten zu werden, führte zu Frust und Fluchtversuchen unter den Insass\*innen.<sup>11</sup> Für ein zweites Transitzentrum für ausstiegswillige Mitglieder der Terrororganisationen ‚Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin‘ (JNIM) und ‚Islamischer Staat Sahel Provinz‘ (ISSP, bis März 2022 ISGS), das im Mai 2022 in Hamdallaye, in der Tillabéri-Region, eingeweiht wurde, galt daher die Maßgabe, dass der Aufenthalt der „Reuigen“ nicht länger als drei Monate dauern sollte. Bis zum Militärputsch im Juli 2023 war das Zentrum jedoch nicht in Betrieb.

Um die Aussteiger\*innen gesellschaftlich wiederinzugliedern, baute die Regierung zweitens auf ein Programm der „Deradikalisierung“. Konzeptionell blieb der Ansatz der „Deradikalisierung“ dabei vage. In der praktischen Umsetzung sah er mit der Bekehrung der Ausstiegswilligen zu einem staatlich vorgegeben, gemäßigten Islamverständnis und der Vermittlung beruflicher Kompetenzen die individuelle Transformation von Mitgliedern dschihadistischer Gruppen in gute Staatsbürger vor.<sup>12</sup>

Bereits 2021 wurde das Ausstiegsprogramm zum Bestandteil einer nationalen Strategie zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Ex-Kombattant\*innen.<sup>13</sup> Auch die Strategie greift das dichotome Framing auf, das in die nigrische Jugend und ausländische Terroristen unterscheidet. Entsprechend werden als Ursache für das Erstarken dschihadistischer Gewalt die Krisen in den Nachbarländern Libyen, Nigeria und Mali benannt. Hervorgehoben werden insbesondere die Schwäche des malischen Staates und dessen Versäumnis, für Gerechtigkeit und Sicherheit zu sorgen. Ähnliche Problemlagen in Niger, die zum Aufbegehren bestimmter Bevölkerungsschichten und ihrem Anschluss an dschihadistische Gruppen beigetragen haben, werden in dem Dokument hingegen nicht anerkannt. Zwar wird erwähnt, dass eine jahrzehntealte Auseinandersetzung zwischen Ackerbauern und Viehzüchtern zu Mobilisierungserfolgen des Islamischen Staates in Niger mit beigetragen habe. Jedoch wird diese als „banaler ruraler Konflikt“ verharmlost.

Inwiefern eine religiöse Umerziehung und berufliche Eingliederungsmaßnahmen Mitglieder dschihadistischer Gruppen bekehren können, bleibt fraglich. Zum einen suggeriert der Ansatz, dass es sich bei den Kombattant\*innen um eine homogene Gruppe von radikalisierten Individuen handele. Empirische Studien belegen jedoch die Vielschichtigkeit der Motive für einen individuellen und kollektiven Anschluss an dschihadistische Organisationen im Sahel sowie die Diversität der sozioökonomischen Hintergründe von Kombattant\*innen.<sup>14</sup> Zum anderen verblieb in der Praxis die Verantwortung für eine gesellschaftliche Reintegration bei den Aussteiger\*innen, obgleich insbesondere in ländlichen Gegenden strukturelle Zwänge wie Armut und eine chronische Unsicherheit die individuelle Handlungsfähigkeit begrenzen.

So gaben lokale Beobachter\*innen beispielsweise zu bedenken, dass das enge soziale Beziehungsgeflecht zwischen der Bevölkerung und dschihadistischen Gruppen in deren

<sup>11</sup> Jeannine Ella Abatan und Remadji Hoinathy, „Réussir Goudoumaria : les ex-associés de Boko Haram se réintègrent-ils?“, *Institute for Security Studies*, 8. Dezember 2021, letzter Zugriff 7. August 2024.

<sup>12</sup> Abdoulaye Sounaye, „Governing Muslim Subjects in the Sahel. Deradicalisation and a State-Led Islamic Reform in West Africa“, in *Claiming and Making Muslim Worlds. Religion and Society in the Context of the Global*, ed. Jeanine Elif Dağyeli, Claudia Ghrawi und Ulrike Freitag (Berlin: De Gruyter, 2021), letzter Zugriff 9. August 2024, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783110726534-005/html>.

<sup>13</sup> Ministère de l'Intérieur et de la Décentralisation, *Programme National de Prise en Charge de la Reddition (PNPCR)*, Mai 2021.

<sup>14</sup> Harouna Ousemane Ibrahim, „Enjeux Sécuritaires et mobilisation des jeunes dans les groupes extrémistes violents. Une Analyse par l'exemple d'Abala (Niger)“, (Thèse de Doctorat, Université Abdou Moumouni de Niamey, 2023); Vincent Foucher, „Immer kleiner? Der Tschadsee, Boko Haram und das Narrativ der Klimakrise“, 6. März 2023, *Megatrends Spotlight*, 2023, letzter Zugriff 9. August 2024; Tschörner, „Jihadismus“.

Einflusszonen selbst für Ausstiegswillige den Bruch mit den Gewaltakteuren erschwere. Zu groß sei die Gefahr der Rache gegen das soziale Umfeld der Kombattant\*innen, deren Familienmitglieder oft weiter in den Dörfern leben, die von dschihadistischen Gruppen kontrolliert werden.

Teilnehmende des Demobilisierungsprogramms beklagten hingegen, dass die erlernten Berufe nicht an die Bedingungen der von der Sicherheitskrise in Mitleidenschaft gezogenen lokalen Märkte angepasst waren.<sup>15</sup> Auch die Wiedereingliederungsprämie von 50.000 FCFA (in etwa 75 Euro) wurde als zu gering bemessen bewertet. Ex-Kombattantinnen gaben zudem an, nicht in gleichem Umfang wie männliche Teilnehmende von den Maßnahmen profitiert zu haben, da sie lediglich als Ehefrauen oder Töchter von Kämpfern angesehen wurden.

Folglich blieb auch die Bilanz der durchgeführten Wiedereingliederungsmaßnahmen ernüchternd. Von der ersten Kohorte der Aussteiger\*innen in Goudoumaria waren die meisten nicht in der Lage, von ihren neu erlernten ökonomischen Fähigkeiten zu leben. Ein Interviewpartner aus dem Innenministerium gab an, dass insgesamt 45 Prozent der Ex-Kombattant\*innen der ersten Kohorte die Ausstattung, die sie zur Wiedereingliederung erhalten hatten, verkauft und weitere 15 Prozent sie temporär vermietet hätten. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sei die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen in den Lehrplan aufgenommen worden.

## Fragmentierung und Kommerzialisierung von Dialog- und Mediationsinitiativen

Neben der Institutionalisierung des Ausstiegs- und Deradikalisierungsprogramms umfasste die „Politik der ausgestreckten Hand“ auch direkte Verhandlungen mit der Führungsebene dschihadistischer Gruppen sowie Mediations- und Versöhnungsinitiativen mit Teilen ihrer sozialen Basis. Ein fehlender Konsens innerhalb der Regierung und die Beteiligung einer Vielzahl lokaler, nationaler und internationaler Akteure mit unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Interessen und Zielsetzungen verhinderten dabei jedoch bis zum Militärputsch im Juli 2023 ein koordiniertes und effektives Vorgehen.

Nach einer Welle von Terrorangriffen im Norden der an Mali und Burkina Faso grenzenden Tillabéri-Region suchte Bazoum bereits 2016 in seiner Funktion als Innenminister den Austausch mit dem damaligen Anführer der Gruppe ‚Islamischer Staat Große Sahara‘ (ISGS), Adnan Abu Walid al-Sahrawi. In einem Interview mit der britischen Zeitschrift *Guardian* erklärte Bazoum, Forderungen al-Sahrawis bezüglich der Freilassung von Gefangenen stattgegeben zu haben. Im Gegenzug habe dieser zugesichert, seinen Dschihad gegen Mali zu richten und Niger von weiteren Attacken zu verschonen.<sup>16</sup> Hardliner in Militär und Regierung stellten sich einer Weiterführung des Dialogs jedoch entgegen. Der Kommunikationskanal brach ab und die Gewalt eskalierte weiter. Auch Bazoum gab daraufhin an, dass Niger nun keine andere Lösung mehr sehe, als dschihadistische Gruppen mit militärischen Mitteln zu schwächen.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> Abatan und Hoinathy, „Réussir Goudoumaria“.

<sup>16</sup> Ruth Maclean, „Niger Islamic State hostage: ‘They want to kill foreign soldiers’“, *The Guardian*, 5. Juni 2018, letzter Zugriff 9. August 2024; International Crisis Group (ICG), *Sidelining the Islamic State in Niger’s Tillabery* (3. Juni 2020), 9–10, letzter Zugriff 7. August 2024.

<sup>17</sup> Ruth Maclean, „Niger Islamic State hostage“.



Trotzdem bemühte sich Bazoum auch in den folgenden Jahren weiter um Dialog mit führenden Gewaltakteuren, wobei der Fokus primär darauf lag, dschihadistischen Gruppen ihre Mitglieder und ihre soziale Basis zu entziehen.

So wandte Bazoum sich an Vertreter der Volksgruppe der Peul in der Tillabéri-Region, aus deren Reihen sich einige zuvor ISGS-Führer al-Sahrawi angeschlossen hatten. Im September 2017 entstand daraus ein offizielles Dialogforum unter Schirmherrschaft des Innenministeriums, mit dem Ziel, das Vertrauen zwischen dem Staat und den Peul-Gemeinschaften in Nord-Tillabéri zu stärken und nigrische ISGS-Kombattanten zur Aufgabe ihres Kampfes zu bewegen.

Konflikte um die strategische und inhaltliche Ausrichtung begleiteten jedoch von Beginn an die Initiative. Nicht nur nationale, sondern auch internationale Akteure konkurrierten dabei zunehmend um politischen Einfluss, wodurch ein abgestimmtes Vorgehen erschwert wurde.

Bereits 2018 wurde beispielsweise auf Anraten einer internationalen Nichtregierungsorganisation (NRO), die vom Innenministerium in den Prozess einbezogen wurde, das Dialogforum ausgeweitet. Es sollten nun nicht mehr nur Gespräche mit den Peul-Gemeinschaften in Nord-Tillabéri durchgeführt werden, sondern auch andere ethnische Gruppen teilnehmen. Außerdem sollte die dem Innenministerium unterstellte Behörde für Friedenskonsolidierung (HACP),<sup>18</sup> die 1995 als institutioneller Garant für die Implementierung der Friedensverträge mit den Tuareg-Rebellen gegründet worden war, eine koordinierende Rolle spielen. Damit nahm die Initiative zwar einen inklusiveren Charakter an, verfehlte jedoch das ursprünglich gesetzte Ziel, spezifische politische Belange der Peul-Gemeinschaften zu adressieren. Deren Vertreter fühlten sich zunehmend bevormundet und verloren das Vertrauen in die Initiative. Sie sahen sich nicht als Konfliktpartei und damit als potentiell Mitglied eines Mediationsprozesses, sondern als Opfer politischer Diskriminierung und Gewalt, wofür sie Anerkennung und Entschädigung suchten. Außerdem warfen sie der Tuareg-geführten HACP fehlende Neutralität in Bezug auf eine jahrzehntealte gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Peul- und Tuareg-Gruppen vor, die in der Tillabéri-Region zu Mobilisierungserfolgen des ISGS beigetragen hatte. Auch beschuldigten sie die internationale NRO, direkte Gespräche mit Mitgliedern der Terrororganisation verhindert zu haben, da dies gegen die Prinzipien der NRO und ihrer Geber verstoße. Zunehmende Differenzen zwischen den beteiligten Akteuren führten schließlich zur Spaltung des Dialogforums und zu einer unkoordinierten Proliferation von lokalen, nationalen und international geförderten Dialog- und Mediationsinitiativen.

Auch wenn auf lokaler Ebene mit der Unterzeichnung mehrerer Friedensabkommen (z.B. Abala, 28.08.2019, Banibangou, 21.01.2023 oder Ouallam, 04.06.2023) oder aber der Freilassung von lokalen und internationalen Geiseln in den folgenden Jahren vielversprechende Ergebnisse erzielt wurden, verhinderten beständige Konflikte um Teilnahme, Repräsentation und die Legitimität von Vermittelnden, dass die Dialoginitiativen auf ein kohärentes Ziel zusteuern und nachhaltige Konfliktlösungsstrategien identifizieren konnten.

Lokale Akteure bemängelten die Vereinnahmung nigrischer Friedensbemühungen durch internationale Organisationen und die Schaffung paralleler Dialogstrukturen. Sie warfen den beteiligten internationalen NROs fehlende Kenntnisse der örtlichen Kontexte und einen ethnischen Ansatz der Konfliktanalyse vor, durch den gesellschaftliche Spaltungen weiter vertieft worden seien. Außerdem wurde in Interviews mit der Autorin problematisiert, dass die von internationalen NROs und Gebern auferlegte rote Linie im Umgang mit Gewaltakteuren die Bearbeitung von Konfliktlagen erschwert hätte. So seien Mitglieder

<sup>18</sup> Französisch : Haute Autorité à la consolidation de la paix.

dschihadistischer Gruppen von vielen lokalen Dialog- und Mediationsprozessen ausgeschlossen geblieben.

Gesprächspartner\*innen beanstandeten außerdem die Kommerzialisierung der Dialog- und Mediationsinitiativen. Die Konkurrenz um Geberfinanzierungen hätte Kompetenzkonflikte geschürt und damit beispielsweise die Koordination zwischen dem Innenministerium und der HACP erschwert. Standardisierte Formate und deren Fokus auf kurzfristig messbare Ergebnisse verhinderten kontinuierliche Aushandlungsprozesse und die Identifikation relevanter Schlüsselpersonen, die den Konfliktverlauf positiv hätten beeinflussen können. Ein lokaler Friedensaktivist beanstandete auch die Tatsache, dass in einem international geförderten Friedensabkommen Forderungen an den Staat bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung der Region aufgenommen worden seien. „Der Staat hat Millionen in Straßen und andere Infrastruktur investiert, aber die [dschihadistischen] Gruppen bestehen weiter. Mediation ist kein Projekt mit LogFrame und Indikatoren, das man verkaufen kann“, äußerte er im Gespräch mit der Autorin. Die Medialisierung lokaler Friedensbemühungen hemme darüber hinaus vertrauliche Prozesse.

Durch die Zahlung von Tagegeldern oder die Verteilung von Hilfsgütern seien Gesprächsformate und Demobilisierungsprogramme außerdem zu einem lukrativen und intransparenten Geschäft geworden – ein Vorwurf, den auch Recherchen der *International Crisis Group* bestätigen: So sollen beispielsweise im September 2018 Dorfchefs die Zahlen demobilisierungswilliger Kombattanten aufgeblasen haben, nachdem die HACP im Zuge eines Dialogforums in der Tillabéri-Region Nahrungsmittelhilfen für ausgewählte Gemeinschaften versprochen hatte.<sup>19</sup> Gegenüber der Autorin bezweifelte wiederum ein Interviewpartner aus dem Innenministerium die Existenz von 2000 Mitgliedern dschihadistischer Gruppen, die Angaben der HACP zufolge in der Tillabéri-Region seit Anfang 2023 auf eine Teilnahme am Ausstiegsprogramm der Regierung warteten. Über die tatsächliche Zahl der Kombattat\*innen, die infolge von Dialoginitiativen demobilisiert werden konnten, lassen sich somit keine verlässlichen Aussagen treffen.

Schwerer wiegt jedoch die von Gesprächspartner\*innen aus Sicherheitskreisen und selbst dem Mediationsumfeld geäußerte Beobachtung, dass dschihadistische Gruppen durch die fragmentierten Dialoginitiativen nicht geschwächt, sondern weiter gestärkt worden seien. Da die Trennlinien zwischen Mitgliedern dschihadistischer Gruppen und lokalen Gemeinschaften unscharf sind, hätten dschihadistische Gewaltakteure von partiellen Waffenruhen und lokalen Friedensabkommen zwischen verfeindeten sozioökonomischen Gruppen profitiert, um die betroffenen Gebiete unbehelligt als sichere Rückzugsorte zu nutzen und sich weiter mit materiellen Ressourcen und Rekruten auszustatten. Insbesondere die Abwesenheit des Staates bei der Umsetzung der Ergebnisse lokaler Dialogprozesse bezeichnete ein verantwortlicher Mediator als Ursache für diesen nichtintendierten negativen Effekt. Auch im regionalen Kontext spielte der Vorwurf eine Rolle. So wurde Niger bis zum Militärputsch 2023 beispielsweise in sozialen Medien in Mali und Burkina Faso als sicherer Hafen für Dschihadisten diffamiert. Inwiefern diese Anschuldigungen zutrafen, lässt sich schwer überprüfen. Tatsache ist, dass sich die Sicherheitskrise in Burkina Faso und Mali im gleichen Zeitraum weiter zuspitzte, in dem die tödliche Gewalt in Nigers Grenzregion Tillabéri abnahm.<sup>20</sup> Insbesondere die Gruppe ISSP verlagerte seit Anfang 2022 ihre Aktivitäten aus der Region Tillabéri in die benachbarten Regionen Menaka und Ansongo-Gao in Mali.<sup>21</sup> Dies hängt jedoch auch damit zusammen, dass mit dem Abzug der französischen Militärmission

<sup>19</sup> International Crisis Group, *Sidelining*, 9-10.

<sup>20</sup> ACLED, „10 Conflicts to Worry About in 2022. The Sahel Mid-Year Update“, letzter Zugriff 12. August 2024.

<sup>21</sup> Abd'Allah, „Dans le nord-est du Mali, l'État islamique en voie de «normalisation»?“, *afriqueXXI*, 13. November 2023, letzter Zugriff 12. August 2024.



Barkhane aus Mali im selben Jahr im Norden Malis ein Sicherheitsvakuum entstand, das von dschihadistischen Gruppen genutzt wurde, um ihre Präsenz weiter zu konsolidieren. Seit Februar 2022 brachen zudem gewaltsame Machtkämpfe zwischen IS und al-Qaida-treuen Gruppierungen in Nord-Mali aus, die zur dortigen Bündelung von Kämpfern geführt haben.<sup>22</sup>

## Fehlende Abstimmung ziviler und militärischer Maßnahmen

Neben der Fragmentierung und Kommerzialisierung von Dialoginitiativen haben auch Widerstand und Sabotage seitens der militärischen Elite die Erfolgchancen der „Politik der ausgestreckten Hand“ von Beginn an erheblich vermindert. Anstatt militärische Maßnahmen im Sinne einer Doppelstrategie gezielt als Druckmittel für Verhandlungen zu nutzen, gefährdete die fehlende Abstimmung militärischer und ziviler Ansätze nicht nur das Vertrauen der Konfliktparteien in die Dialog- und Mediationsinitiativen; sie begünstigte darüber hinaus auch eine weitere Gewalteskalation.

Bereits 2017 legte beispielsweise die Armeeführung im nationalen Sicherheitsrat ein Veto gegen Gespräche mit dem ISGS ein – eine Position, der sich auch der damalige Präsident Mahamadou Issoufou anschloss.<sup>23</sup> Teilnehmende des im selben Jahr einberufenen Dialogforums mit Vertretern der Peul aus der Tillabéri-Region vermuten dahinter den Druck der französischen Regierung, die sich nicht nur mit der Entsendung eigener Truppen für eine militärische Niederschlagung dschihadistischer Gewaltakteure eingesetzt hatte, sondern auch im Nachbarland Mali erfolgreich für einen Abbruch von Gesprächen mit Anführern dschihadistischer Gruppen plädiert haben soll.<sup>24</sup>

Während folglich Mitglieder des von Bazoum initiierten Dialogforums in den Jahren 2017 und 2018 Emissäre zu Gesprächen mit dem ISGS entsandten, griffen die französische Militärmission Barkhane und malische Tuareg-Milizen in Absprache mit der nigrischen Regierung vermeintliche Stellungen der Terrororganisation in der malisch-nigrischen Grenzregion an. Dies schürte interethnische Konflikte und kostete dem Dialogforum die Glaubwürdigkeit in den von Konflikten erschütterten Gemeinden. Darüber hinaus gefährdete es aber auch das Leben der vermittelnden Intermediäre. Die Entführung, Folter und vermutliche Ermordung von Oumarou „Kiro“ Roua, Chefmediator der Regierung und Mitglied des Dialogforums, durch den ISGS im April 2019 steht hierfür exemplarisch.<sup>25</sup> Andere Intermediäre, obgleich von staatlicher Seite beauftragt, wurden vom Geheimdienst der Unterstützung terroristischer Organisationen bezichtigt und verhaftet.

Auch in dem von lokalen Konflikten und dschihadistischer Gewalt betroffenen Departement Banibangou drohten militärische Antiterroroperationen die jüngsten Mediationsbemühungen zu gefährden. Ungeachtet dessen, dass sich der Islamische Staat in einem Brief offiziell von den Friedensverhandlungen distanziert haben soll, äußerten die in der Region aktiven Kombattant\*innen der Organisation lokalen Quellen zufolge ihre Bereitschaft, den

<sup>22</sup> David Baché, „Violents affrontements entre groupes jihadistes rivaux dans le nord du Mali“, *rfi*, 15. Februar 2022, letzter Zugriff 12. August 2024.

<sup>23</sup> François Soudan, „Mahamadou Issoufou: «Ma décision de respecter la Constitution et de ne pas me représenter est irrévocable»“, *Jeune Afrique*, 14. August 2019, letzter Zugriff 9. August 2024; International Crisis Group, *Sidelining*.

<sup>24</sup> Adam Sandor, „Turning point? Mali’s potential dialogue with Jihadists“, *BulletinFrancoPaix*, Februar 2020, 7; In einem im November 2020 in *Jeune Afrique* veröffentlichten Interview bestätigte der französische Präsident Emmanuel Macron seine Ablehnung gegenüber Dialoginitiativen mit „Terroristen“ im Sahel: „Macron sur le Sahel : «Avec les terroristes, on ne discute pas, on combat»“, *Le Parisien*, 20. November 2020, letzter Zugriff 9. August 2024.

<sup>25</sup> Interview mit Vertreter Dialogforum, Niamey, Februar 2023; „Niger: qu’est-il arrivé à Oumarou Roua, disparu vers Tongo Tongo le 11 avril?“, *rfi*, 18. Mai 2029, letzter Zugriff 9. August 2024.

Prozess nicht zu stören. Die Initiator\*innen der Dialoginitiative hofften daher, durch einen Friedensschluss die verfeindeten lokalen Gemeinschaften von dschihadistischen und anderen bewaffneten Gruppen loszulösen zu können.

Die Ermordung mehrerer IS-Leutnants nahe der malisch-nigrischen Grenze kurz nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags im Januar 2023 durch nigrisches und französisches Militär führte jedoch prompt zu gewalttätigen Rückschlägen der Terrororganisation.<sup>26</sup> Darüber hinaus schürte die Aktion Wut und Frustrationen unter den in den Konfliktlösungsprozess einbezogenen Parteien, die sich von den politischen Verantwortlichen in Niamey in ihren Bemühungen hintergangen fühlten. Nicht einmal der Präfekt von Banibangou soll lokalen Aussagen zufolge über die Militärmaßnahmen in Kenntnis gesetzt worden sein, obgleich hochrangige Armeevertreter nur wenige Tage zuvor an der Zeremonie zur Unterzeichnung des Friedensvertrags teilgenommen hatten. Für viele Beobachter\*innen ist das medial als Erfolg gefeierte Abkommen von Banibangou demnach auch eine Farce, da es weder zu einer Entwaffnung der Konfliktparteien noch zu einem Rückgang dschihadistischer Gewalt beigetragen hat.<sup>27</sup>

## Fazit und Ausblick

Angesichts des Scheiterns international gestützter Antiterroroperationen in der Sahelregion gab Nigers „Sonderweg“ im Umgang mit dschihadistischer Gewalt Grund zur Hoffnung auf einen Ausweg aus der andauernden Sicherheitskrise.<sup>28</sup> Gleichwohl ist die Bilanz von Bazoums „Politik der ausgestreckten Hand“ ernüchternd. Zwar haben Dialog- und Mediationsinitiativen zu der Demobilisierung von Kombattant\*innen und der Unterzeichnung lokaler Friedensabkommen und lokalen Waffenruhen beigetragen. Eine nachhaltige, verhandelte Konfliktlösung war damit jedoch noch lange nicht in Sicht.

Damit die Gewalt auf der Grundlage von Dialogformaten beendet werden kann, bedarf es einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den politischen Belangen dschihadistischer Akteure. Dies bedeutet einerseits, strukturelle Problemlagen anzuerkennen, die zu Mobilisierungserfolgen der IS- und al-Quaida-Ableger in der Region beigetragen haben. Andererseits muss ein kontinuierlicher Konsultationsprozess etabliert werden, bei dem die Erwartungen der Konfliktparteien, aber auch der von Gewalt betroffenen Bevölkerung an eine verhandelte Lösung erörtert werden. Da dschihadistische Gewaltakteure im Sahel grenzüberschreitend agieren, wäre dafür ein regional abgestimmter Ansatz notwendig, um einer geographischen Verlagerung der Gewalt infolge eines Friedensschlusses vorzubeugen.

Unumgängliche Voraussetzung für einen fruchtbaren Prozess ist jedoch eine klare politische Strategie, der sowohl militärische Maßnahmen als auch mögliche Interventionen externer Partner untergeordnet werden. Auch wenn letztlich offenbleibt, ob auf der Grundlage von Dialog konsensfähige Kompromisse gefunden werden können, sollten politische Entscheidungsträger\*innen angesichts der Zunahme der Gewalt und dem nicht endenden Leid der Zivilbevölkerung alle gangbaren Optionen prüfen.

<sup>26</sup> „Niger : des civils maliens tués par des hommes armés non loin de la frontière malienne“, *rfi*, 4. Februar 2023, letzter Zugriff 12. August 2024; „Niger: au moins dix soldats tués dans une attaque djihadiste à la frontière du Mali“, *Le Monde*, 11. Februar 2023, letzter Zugriff 12. August 2024.

<sup>27</sup> Delina Goxho, „Self-defense Militia Groups in Niger: Risking a Time Bomb“, Policy Brief 17, *Megatrends Afrika* (Berlin: Oktober 2023), letzter Zugriff 12. August 2024.

<sup>28</sup> Armstrong, *Comprendre l'accalmie*; Fahiraman Rodrigue Koné und Hassane Koné, „Y-a-t-il une exception nigérienne dans la lutte contre le terrorisme?“, *Institute for Security Studies*, 21. März 2023, letzter Zugriff 12. August 2024.

Dabei bedeuten umfassendere Verhandlungen sicher auch, dass zentrale Elemente der politischen Systeme der Sahelländer zur Diskussion gestellt werden. Ein Kompromiss könnte zum Beispiel die Abschaffung des staatlichen Laizismus beinhalten. Da im Sahel in den letzten zehn Jahren auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, jenseits der Einflussgebiete dschihadistischer Gruppen, fundamentalistische Interpretationen des Islam an Bedeutung gewonnen haben, blieben größere innenpolitische Widerstände bei einem solchen Schritt womöglich aus. Auch eine dezentrale Formalisierung dschihadistischer Territorialkontrolle wäre als Teil eines politischen Kompromisses denkbar. Fraglich bliebe allerdings, inwiefern die Bevölkerung eine damit womöglich einhergehende Beschneidung fundamentaler Rechte, wie beispielsweise der Rechte von Frauen, akzeptieren würde. Möglich wäre allerdings auch, dass dschihadistische Gewaltakteure sich – wie schon in einigen lokalen Mikroarrangements geschehen – auf eine pragmatische Regelung einlassen, die sich an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung orientiert.

Mit dem jüngsten Militärputsch ist die Aussicht auf eine politische Übereinkunft mit dschihadistischen Gruppen in Niger einstweilen in weite Ferne gerückt. Zwar halten auch die neuen Machthaber mit der Überarbeitung der nationalen Strategie zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration an der Fortführung des Ausstiegsprogramms für Kämpfer\*innen nichtstaatlicher bewaffneter Organisationen fest. Und auch auf lokaler Ebene sucht die HACP unter neuer Führung weiterhin den Dialog mit den von Gewalt betroffenen und bedrohten Gemeinschaften, wenn auch ohne Zugriff auf internationale Projektmittel, die mit dem Putsch suspendiert wurden. Diskrete, taktische Waffenstillstandsvereinbarungen mit Gewaltakteuren oder Verhandlungen zur Freilassung von Geiseln wird es darüber hinaus vermutlich auch in Zukunft geben, wie der Fall der Befreiung von sechs nigrischen Soldaten nahelegt, die im Zuge des Angriffs in Boni im Süden der Region Tillabéri im Mai 2024 von JNIM gefangen genommen worden waren.<sup>29</sup>

Dass die neuen Machthaber einer offiziellen Aufnahme von Verhandlungen mit dschihadistischen Gruppen zustimmen würden, ist jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar.

Erstens setzen die neuen Machthaber in Niamey mit der Gründung der Allianz der Sahelstaaten (AES) und der vertieften Militärkooperation mit Russland im Verbund mit den Nachbarländern Mali und Burkina Faso auf den Ausbau eines regional koordinierten militärischen Antiterrorkampfes, der von einer rücksichtslosen und willkürlichen Gewaltanwendung geprägt ist und somit keinen Raum für die Aufnahme von Gesprächen mit dschihadistischen Organisationen lässt.

Zweitens bezieht die Junta ihre politische Legitimität nicht nur aus einem rigorosen militärischen Vorgehen, sondern auch aus der strikten Ablehnung einer verhandelten Konfliktlösung.

Ein militärischer Sieg ist angesichts der tiefen lokalen Verwurzelung der Gewaltakteure damit jedoch nicht wahrscheinlicher geworden. Vielmehr ist zu erwarten, dass es auch in Niger wie in den Nachbarländern Mali und Burkina Faso im Zuge einer zunehmenden Militarisierung von Politik und Gesellschaft weiter zu massiven Menschenrechtsverletzungen, einer Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zu einem Anstieg von Gewaltopfern kommen wird.<sup>30</sup> Laut dem *Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED)* hat sich

<sup>29</sup> Facilitation dans la libération des otages de Boni : L'expression d'un patriotisme désintéressé – ONEP (lesahel.org); ActuNiger | Insécurité : 7 soldats tués et une dizaine de terroristes tués dans une attaque à Boni, près de la frontière burkinabé - ActuNiger.

<sup>30</sup> Tanguy Quidelleur, „Arming Civilians in Burkina Faso. The State, the War on Terror and the Militarisation of Society“, Policy Brief 22, *Megatrends Afrika* (Berlin: Februar 2024), letzter Zugriff 12. August 2024. <https://www.megatrends-afrika.de/10.18449/2024MTA-PB22/>; Human Rights Watch, „Mali: Islamist Armed Groups, Ethnic Militias Commit Atrocities. Provide Accountability, Improve Protection for Civilians“, 8. Mai 2024, letzter Zugriff 12. August 2024.

die Zahl der Todesopfer durch politische Gewalt im Jahr nach dem Staatsstreich im Vergleich zum Vorjahr bereits mehr als verdoppelt.<sup>31</sup>

Für europäische Entscheidungsträger\*innen bleibt der Handlungsspielraum im Bereich der Dialogförderung in Niger somit bis auf Weiteres stark eingeschränkt. Die Erkenntnisse aus dem Fallbeispiel verdeutlichen aber, unter welchen Bedingungen Dialog mit dschihadistischen Gewaltakteuren gelingen kann und welche Voraussetzungen dafür gegebenensfalls auch in anderen Konfliktkontexten gegeben sein müssten.

*Lisa Tschörner ist Wissenschaftlerin im Projekt „Megatrends Afrika“ und der Forschungsgruppe Afrika und Mittler Osten der SWP.*

#### **Megatrends Afrika**

ist eine Kooperation von SWP, IDOS und IfW. Die Publikationen geben die Auffassung der Autor\*innen wieder. Die Veröffentlichungen des Forschungsprojekts durchlaufen intern ein Begutachtungsverfahren.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz

#### **SWP**

Stiftung Wissenschaft und Politik | Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

**IDOS** German Institute of Development and Sustainability

**IfW** Kiel Institut für Weltwirtschaft

[www.megatrends-afrika.de](http://www.megatrends-afrika.de)  
[megatrends-afrika@swp-berlin.org](mailto:megatrends-afrika@swp-berlin.org)

ISSN 2747-4283

DOI 10.18449/2024MTA-KA08

<sup>31</sup> ACLED, „Regional Overview Africa July 2024, Niger: Escalating violence in Tillaberi and worsening security post-coup“, 12. August 2024, letzter Zugriff 12. August 2024.

Gefördert durch:



Auswärtiges Amt



Bundesministerium  
 der Verteidigung



Bundesministerium für  
 wirtschaftliche Zusammenarbeit  
 und Entwicklung